Satzung des Vereins „R(h)ein Puppy e.V.“

Präambel

Der Verein „R(h)ein Puppy e.V.“ setzt sich für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, gegenseitigen Respekt und ein gewaltfreies Miteinander ein. Er bietet Menschen, die sich dem Pup-Play zugehörig fühlen, einen geschützten Raum, in dem sie ihre Identität leben und sich austauschen können. Der Verein fördert Akzeptanz, Toleranz und Aufklärung in der Gesellschaft und steht für politische, weltanschauliche und konfessionelle Neutralität und bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Ziel ist es, ein respektvolles, demokratisches und diskriminierungsfreies Miteinander zu ermöglichen.

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „R(h)ein Puppy“.
2. Er hat seinen Sitz in Köln.
3. Der Verein soll im Vereinsregister beim Amtsgericht Köln eingetragen werden und führt nach Eintragung den Zusatz „e.V.“.
4. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

1. Der Verein widmet sich der Förderung, Unterstützung und Sichtbarmachung des sogenannten Puppy-Fetischs („Pup-Play“) im Stadtgebiet Köln und seiner Umgebung. Dabei handelt es sich um eine Form des Rollenspiels, bei der Menschen in die Rolle eines Hundes („Puppy“) schlüpfen und entsprechende Verhaltensweisen, Gestik und Accessoires übernehmen. Ziel ist es, einen geschützten Raum für Interessierte zu schaffen, in dem sie sich austauschen, entfalten und ihre Identität frei leben können.

Dieser Vereinszweck wird insbesondere verwirklicht durch

- Beratung und Aufklärung über das Pup-Play einschließlich der Schaffung eines sicheren Rahmens für Interessierte, um Pup-Play zu erkunden und auszuleben,
 - Förderung der Akzeptanz und Toleranz gegenüber dieser Ausdrucksform in Gesellschaft und Öffentlichkeit,
 - Organisation und Durchführung von sowie Mitwirkung an Informationsveranstaltungen, Projekten, Workshops, Kursen, Treffen und sonstigen Veranstaltungen etc.
 - Förderung des Austauschs und der Kommunikation unter den Beteiligten.
 - Organisation und Mitwirkung an sowie der Unterstützung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie z.B. dem Kölner CSD; entsprechende überregionale Veranstaltungen werden durch Partnerschaften unterstützt,
 - Unterstützung seiner Mitglieder im Rahmen seines Aufgabenbereiches mit Rat und Hilfe und fortlaufenden Informationen
2. Zur Umsetzung seiner Vereinsziele kann der Verein unter anderem auch ein Büro als zentrale Schnittstelle zur Vernetzung und Weiterbildung der Mitglieder, zur Koordination von Arbeitsgruppen und zur Einrichtung eines Forums zum Erfahrungsaustausch unterhalten.

3. Darüber hinaus können die Satzungszwecke verwirklicht werden insbesondere
 - durch Stellungnahmen zu wissenschaftlichen, pädagogischen, medizinischen, sozialen, rechtlichen und politischen Fragen, die das Thema Pup-Play betreffen,
 - durch Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Vereinigungen und Verbänden vergleichbarer Zielsetzung sowie Mitarbeit in nationalen und internationalen Organisationen,
 - durch Erstellen und Verbreiten von Info-Materialien
 - durch die Gründung von oder Beteiligung an Unternehmungen, wenn hierdurch die Finanzierung seiner Vereinsarbeit oder der Umsetzung und Erfüllung seiner satzungsgemäßen Ziele teilweise oder vollständig erreicht werden kann und dies gesetzlich zulässig ist.
4. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Mitgliedschaft

1. Der Verein besteht aus
 - a) ordentlichen Mitgliedern,
 - b) Ehrenmitgliedern und
 - c) Fördermitgliedern
2. Ordentliches Mitglied des Vereins kann ausschließlich nur eine natürliche Person werden, die zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehört (sog. „geborene Mitglieder“).
3. Eine Aufnahme weiterer Mitglieder nach der Gründung des Vereins ist nur möglich, wenn zuvor ein Gründungsmitglied aus dem Verein ausgeschieden ist. Hierüber entscheidet der Vorstand abschließend mit einer Mehrheit von 75 v.H. der stimmberechtigten Vorstandsmitglieder.
4. Auf Beschluss der Mitgliederversammlung kann einer Person die Ehrenmitgliedschaft angetragen werden. Sie beginnt mit der Annahme durch die geehrte Person. Ehrenmitglieder haben das Recht zur beratenden Teilnahme an Mitgliederversammlungen. Sie können zu Vorstandssitzungen eingeladen werden. Sie haben weder aktives noch passives Wahlrecht. Sie sind von Beitragszahlungen gemäß § 5 befreit.
5. Fördermitglieder des Vereins können juristische und natürliche Personen werden, die die Vereinsziele aktiv unterstützt. Für den Erwerb der Fördermitgliedschaft gilt § 3 Abs. 3 Satz 2 entsprechend. Fördermitglieder haben weder aktives noch passives Wahlrecht. Sie haben das Recht zur beratenden Teilnahme an Mitgliederversammlungen, jedoch kein Antrags- und Stimmrecht.

§ 4 Beiträge

Die Mitgliederversammlung beschließt, ob Mitgliedsbeiträge erhoben werden. Die Höhe wird durch eine von der Mitgliederversammlung zu beschließende Beitrags- und Finanzordnung festgelegt

§ 5 Organe des Vereins

1. Organe des Vereins sind:
 - der Vorstand
 - der besondere Vertreter gem. § 30 BGB
 - die Mitgliederversammlung
2. Die Mitgliederversammlung kann weitere Organe beschließen.

§ 6 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens drei gleichberechtigten Personen, darunter ein Kassenwart, die Mitglieder des Vereins sein müssen. Er kann sich eine Geschäftsordnung geben; diese ist schriftlich niederzulegen und allen Mitgliedern zugänglich zu machen.
2. Der Vorstand führt insbesondere die laufenden Geschäfte des Vereins, führt die Beschlüsse der Mitgliederversammlung aus, und vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich; jedes Vorstandsmitglied ist einzelvertretungsberechtigt.
3. Der Vorstand ist berechtigt, zur Aufrechterhaltung des laufenden Geschäftsbetriebes Kredite aufzunehmen, sofern der Kassenwart hierzu seine Zustimmung gibt.
4. Der Vorstand kann eine (hauptamtliche) Geschäftsführung einstellen und ihr folgende Geschäfte nach §30 BGB übertragen:
 - sämtliche Geschäfte der laufenden Verwaltung, ausgenommen den Erwerb, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken und Immobilien sowie die Aufnahme von Darlehen und Krediten;
 - sämtliche Personalangelegenheiten, ausgenommen der Person der Geschäftsführung
 - die Vertretung des Vereins außergerichtlich und gerichtlich, soweit es die vorgenannten Geschäfte angehtBestellung und Abberufung der Geschäftsführung erfolgen durch Beschluss des Vorstandes. Die Geschäftsführung kann für Rechtsgeschäfte mit anderen Organisationen durch Beschluss des Vorstands oder durch Geschäftsordnung von den Beschränkungen des §181 BGB befreit werden. Aufgaben und Vollmachten der Geschäftsführung können in einer Geschäftsordnung des Vorstands geregelt werden.
5. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn zwei seiner Mitglieder anwesend sind. Er fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit, bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Beschlüsse werden protokolliert. Ein Vorstandsbeschluss kann auch schriftlich, fernmündlich oder auf elektronischem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu diesem Verfahren erklären. Alle gefassten Beschlüsse sind schriftlich festzuhalten, vom jeweiligen Protokollanten zu unterzeichnen, und allen Mitgliedern zugänglich zu machen.
6. Die Vorstandssitzungen sind nichtöffentliche Sitzungen, an denen regelmäßig der besondere Vertreter gem. § 7 teilnimmt; Gäste können nach Bedarf und auf Wunsch zugelassen werden.
7. Der Vorstand wird auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Er bleibt so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist.
8. Der Vorstand kann während seiner Amtszeit auf einer Mitgliederversammlung mit 2/3 der Stimmen der anwesenden Mitglieder durch die Wahl eines neuen Vorstands abgelöst werden.
9. Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, kann der Vorstand ein Mitglied kooptieren, das spätestens bei der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung zu bestätigen oder mit der

Wahl eines anderen Vorstandsmitglieds zu ersetzen ist. Die Amtszeit des in dieser Weise berufenen Vorstandsmitglieds endet mit der des amtierenden Vorstands.

10. Der Vorstand kann Beauftragte zur Wahrnehmung der Vereinsinteressen für bestimmte Gebiete und Aufgaben einsetzen.

§ 7 besonderer Vertreter

1. Der Vorstand kann zur Führung der laufenden Geschäfte des Vereins einen Geschäftsführer bzw. für gewisse Geschäfte/ Geschäftsbereiche (z.B. Leitung einer unselbständigen Untergliederung des Vereins, Leitung eines abgeschlossenen Sachgebiets der Vereinsverwaltung, Leitung eines einzelnen, zeitlich befristeten Projektes oder Leitung eines wirtschaftlichen Nebenbetriebes) eine Person als besonderen Vertreter gemäß § 30 BGB bestellen.
2. Der Umfang des Aufgabenkreises des Geschäftsführers bzw. der sonstigen besonderen Vertreter und deren Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis wird durch den Vorstand schriftlich im Rahmen der Bestellung bestimmt. Bestellung und Festlegung der Geschäftsführungs- und Vertretungsmacht sind im Vereinsregister einzutragen.

§ 8 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ des Vereins.
2. Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören insbesondere
 - Wahl und Abwahl des Vorstands
 - Wahl der Kassenprüfer
 - Entlastung des Vorstands
 - Beschlussfassung über Satzungsänderungen
 - Beschluss über die Geschäfts-, Beitrags- und Finanzordnung des Vereins
 - Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins
3. Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- und Finanzbehörden oder wohlpflegerischen Dachorganisationen aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen.
4. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn es das Vereinsinteresse gebietet oder wenn mindestens 30 v.H. der Vereinsmitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen.
5. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von drei Wochen schriftlich, in Textform oder elektronisch unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Tag. Die Einladung gilt den Mitgliedern als zugegangen, wenn es an die letzte dem Verein bekannte Adresse gerichtet war.
6. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder beschlussfähig, wenn festgestellt wird, dass ordnungs- und satzungsgemäß zur Mitgliederversammlung eingeladen worden ist; hierauf ist in der Einladung zur Mitgliederversammlung ausdrücklich hinzuweisen.
7. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf andere Vereinsmitglieder ist ausgeschlossen.
8. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Die Mitgliederversammlung kann Gäste zulassen.

9. Über Anträge auf Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung entscheidet die Mitgliederversammlung. Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zugegangen waren, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden. Beschlüsse zur Satzung und zur Auflösung des Vereins benötigen eine 3/4 – Mehrheit der Mitgliederversammlung, alle anderen Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.
10. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu führen, das von der Protokollführung und der Versammlungsleitung zu unterzeichnen ist
11. Die Mitgliederversammlung kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 9 Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins fällt das Vermögen an die Aidshilfe Köln.

§ 10 Wirksamkeit der Satzung

Diese Satzung wurde auf der Gründungsversammlung am 12.07.2025 beschlossen und tritt mit Beschlussfassung durch die Gründungsversammlung in Kraft.